

Bürgerinitiative Bochum gegen die DüBoDo

IHK lässt die „nährischen Tage“ mit Verkehrsgipfel ausklingen

In einem in der Karnevalszeit aufgelegten Impulspapier „**Das Ruhrgebiet – Verkehrsinfrastruktur auf dem Prüfstand**“ fordert die IHK zur Bewältigung des Verkehrsaufkommens im Ruhrgebiet den **6- bis 8-streifigen Ausbau des Autobahnnetzes**.

Sie reagiert damit auf lange bekannte Probleme mit Rezepten, deren Unwirksamkeit bereits erwiesen ist: **Straßenneubau zieht ebenso wie Straßenausbau neuen Verkehr an**, der gepriesene Mobilitätswachst bleibt erneut im Stau stecken. Bestätigt wird dies u.a. durch ein für die **so genannte „Bochumer Lösung“** eingeholtes Verkehrsgutachten, nach dem bei Umsetzung von A-40 Ausbau, Westkreuz-Bau und A44/DüBoDo-Weiterbau der in die Gesamtkonzeption einbezogenen Bochumer **Außenring bis zu 50,5 % überlastet** und **Stau vorprogrammiert** wird.

Angesichts dieser Tatsache fragt sich, ob das IHK-Papier nicht eher als ein **Beitrag zum derzeitigen „nährischen Treiben“** gedacht war.

Die **Erklärung der IHK zur Gleichberechtigung sämtlicher Verkehrsträger** und insbesondere zum gleichzeitigen Ausbau des Systems Schiene erscheint angesichts des Fehlens jeder Konkretisierung als bloßes **Lippenbekenntnis**.

Intelligente Lösungsansätze sind nur zu verwirklichen, wenn die **Bevorzugung des Systems Straße aufgeben** wird.

Geradezu als **Karnevalsscherz** muss es erscheinen, wenn die Maßnahmen der **so genannten „Bochumer-Lösung“** in dem Impulspapier als **so gut wie realisiert angesehen** werden und deshalb aus der Diskussion herausgehalten werden sollen.

Für keine der Einzelmaßnahmen besteht Planungsrecht. Die bereits eingeleiteten **Planfeststellungsverfahren sind infolge gesetzgeberisch verschärfter Umweltstandards ins Stocken geraten**.

Zum Ausklang der „nährischen Tage“ sucht die IHK jetzt auf dem **Verkehrsgipfel** für ihre rückwärtsgewandten und realitätsfernen Lösungsansätze den **Schulterschluss mit der Politik**.

Dabei berücksichtigt sie nicht die tatsächlichen Umstände, in denen Menschen in Ballungsräumen wie dem Ruhrgebiet leben müssen. Die bestehende **Schadstoffbelastung hat das erträgliche Maß bereits heute überschritten**. Die bisher von der Planungsbehörde für den A 40-Ausbau in Wattenscheid zur dortigen Vorbelastung vorgelegten Zahlen belegen nämlich **Grenzwertüberschreitungen bei den Schadstoffen Benzol, Blei, Stickstoffdioxid und Feinstäuben**.

Am Aschermittwoch ist es hoffentlich auch mit den verkehrspolitischen Forderungen der IHK vorbei.